

Flüchtlinge und Arbeitsmarkt

Autor(en): **Fehlinger, H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **31 (1939)**

Heft 9

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352959>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

jemals nach beinahe 20jähriger ununterbrochener Mitarbeit unserem unerschütterlichen Glauben in die Zukunft des Internationalen Arbeitsamtes Ausdruck verleihen zu dürfen. Ein Tag wird kommen — und wir hoffen, er sei nicht mehr fern —, wo man unter den Mitgliedern der Arbeitskonferenz auch diejenigen Staaten wieder antreffen wird, die sie verlassen haben. Wir hoffen das, weil wir in der Universalität dieses grossen sozialen Werkes einen der wesentlichen Faktoren des Friedens unter allen Menschen und allen Nationen sehen.

Flüchtlinge und Arbeitsmarkt.

Von H. Fehlinger.

Das Flüchtlingsproblem ist ein politisches Problem und zugleich ein Problem des Arbeitsmarkts, das um so schwerer zu lösen ist, als die überwiegende Mehrheit der Menschen, die aus politischen Gründen oder wegen ihrer Abstammung das Gebiet Grossdeutschlands von heute entweder bereits verlassen haben oder künftig verlassen werden müssen, solchen Berufsklassen angehört, nach welchen in überseeischen Neuländern, die sich im Zuge einer langsamen Entwicklung befinden, wenig Bedarf besteht. Die grosse Mehrheit der Flüchtlinge sind Juden, die ehemals in den verschiedenen Zweigen des Handels und Geldwesens selbständig oder unselbständig erwerbstätig gewesen sind. Soweit sie Vermögen ausserhalb Deutschlands hatten oder imstande waren, auf illegale Weise Teile ihres Vermögens aus Deutschland herauszubringen, begegnet ihre Zulassung keinen nennenswerten Schwierigkeiten; nur die Mittellosen finden die Grenzen versperrt — und das sind weitaus die Meisten.

Die Zahl der geflüchteten Kommunisten, Sozialisten und Katholiken, die um der Freiheit oder des Lebens willen Deutschland verlassen mussten, ist verhältnismässig klein, sie wird sich zwischen 20,000 und 30,000 bewegen. Die meisten von ihnen stammen aus Böhmen und Mähren. Dagegen hat die Zahl der Bekenner des mosaischen Glaubens in Deutschland, Oesterreich und den tschechoslowakischen Ländern 1930 ungefähr eine Million betragen und dazu kommen noch einige hunderttausend andere, die der nationalsozialistischen Auffassung zufolge als Rassejuden gelten. Man kann annehmen, dass im Lauf der Zeit — wenn der Gang der politischen Entwicklung nicht in eine andere Richtung gedrängt wird — ungefähr 1,200,000 bis 1,300,000 Menschen ausserhalb des jetzigen Deutschland werden Erwerb suchen müssen. Um so viele zusätzliche Arbeitskräfte unterzubringen, bedarf es geradezu ungeheurer Anstrengungen, denn die Zeit der raschen Expansion der einzelnen Volkswirtschaften und der Weltwirtschaft ist vorbei, dem Auftauchen neuer Bedürfnisse und dem Absatz neuer Produkte für den

Massenverbrauch sind heute in den europäischen Ländern ebenso wie in den Vereinigten Staaten von Amerika enge Grenzen gezogen.

Bisher haben die Nachbarländer Deutschlands und überseeische Länder erst einen kleinen Teil der infolge nationalsozialistischer Intoleranz ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubten Flüchtlinge auf neue wirtschaftlich versorgen können. Sir Arthur Salter hat im Dezember 1938 die Zahl der im Ausland befindlichen jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland auf rund 200,000 geschätzt. Im ersten Halbjahr 1939, als die Einreisevorschriften bedeutend verschärft wurden, ist es nach Mitteilung einer englischen Organisation für Flüchtlingshilfe noch beiläufig 60,000 Juden aus Grossdeutschland gelungen, nach dem Ausland zu entkommen. Aber von der Viertelmillion im Ausland befindlicher Flüchtlinge sind noch die meisten ohne Erwerb; ihr Lebensunterhalt wird entweder von Hilfsorganisationen bestritten oder sie haben selbst die Mittel des Fortkommens und warten auf die Möglichkeit der Weiterreise.

Nach Grossbritannien sind nach Angabe des Innenministers Sir Samuel Hoare in der Zeit von 1933 bis Juni 1939 29,000 deutsche Flüchtlinge gekommen, wovon nicht ganz 4000 wieder ausgewandert sind. Seit Januar 1939 wurde die Einreise 25,200 Flüchtlingen erlaubt. Zum Warten auf Wiederauswanderung wurden zirka 10,000 zugelassen, wovon die meisten in Schulungslagern oder bei privaten Arbeitgebern zum Zweck der Erlernung von Handwerken untergebracht sind. Als Hauspersonal erhielten 7200 die Einreiseerlaubnis, als Aerzte, Pflegepersonal und Geburtshelferinnen 830; 5000 sind Kinder, 2200 Personen im Alter von mehr als 60 Jahren, die über eigene Mittel verfügen. Die Annahme von Arbeitsstellen in der Volkswirtschaft ist den Flüchtlingen streng verboten, obwohl die Tageszeitungen täglich viele Tausende von Stellenangeboten enthalten und Handarbeiter ebenso wie Bureauangestellte sich beklagen, dass sie nicht selten bis 8 Uhr abends zu arbeiten haben.

Nach den Niederlanden sind vom April 1933 bis Ende 1938 (zufolge einer Mitteilung des Justizministers) 32,000 deutsche Juden und 7000 Nichtjuden gekommen; von den Juden sind ungefähr 8000 wieder ausgewandert, so dass am Ende des vorigen Jahres 24,000 verblieben.

Im Dezember 1938 hat der damalige schweizerische Bundespräsident, Herr Baumann, die Gesamtzahl der in der Schweiz anwesenden Flüchtlinge auf 10,000 bis 12,000 geschätzt. Regierungsrat Dr. Robert Briner, kantonaler Polizeidirektor von Zürich, sagte ungefähr gleichzeitig in einem von der Neuen Helvetischen Gesellschaft veranstalteten Vortrag, dass damals «ungefähr 5000 österreichische und deutsche Juden in der Schweiz waren, davon 2600 im Kanton Zürich».

Die Zahl der von März 1938 bis Juni 1939 nach Frankreich eingereisten deutschen Flüchtlinge (Juden und andere) wird auf etwa 60,000 geschätzt; es ist aber unbekannt, wie viele von ihnen wieder weitergereist sind.

Nach den Vereinigten Staaten von Amerika sind als Einwanderer aus Deutschland und Oesterreich gekommen: Im Verwaltungsjahre 1934 3700, 1935 5500, 1936 6600, 1937 11,500 und 1938 17,900 Personen. Die gesetzlich zulässige Höchstzahl ist 27,370. Die von 1934—1938 zugelassenen 45,200 deutschen und österreichischen Einwanderer waren nicht alle Flüchtlinge, wahrscheinlich jedoch die meisten von ihnen. Im Verwaltungsjahr 1938 sind 11,900 Juden aus Deutschland eingewandert und 7600 Juden aus anderen Ländern, davon zirka 600 aus der Tschechoslowakei. Nach Zeitungsberichten ist im Verwaltungsjahr 1939* die volle Einwandererquote aus Deutschland zugelassen worden.

Ebenfalls auf Grund von Zeitungsmeldungen ist zu schliessen, dass die skandinavischen und baltischen Länder zusammen nur einer verhältnismässig kleinen Zahl deutscher Flüchtlinge Asyl gewähren, obzwar nach den amtlichen Statistiken dieser Länder ihr Arbeitsmarkt nicht gerade unter schwerem Druck steht.

Einige tausend jüdische Flüchtlinge, von denen ein Teil in England geschult worden ist, sind von Australien aufgenommen worden. Auch die Südafrikanische Union verhält sich den Flüchtlingen gegenüber nicht ganz abweisend. Ihre Grenzen förmlich gesperrt haben dagegen die lateinamerikanischen Länder mit einziger Ausnahme von Bolivien — eines Landes, das (ebenso wie Mexiko) überwiegend von Indianern bewohnt ist und keine irgendwie nennenswerte Industrie besitzt.

Allem Anschein nach wird es nicht möglich sein, alle oder auch nur die Mehrzahl der Flüchtlinge nach Uebersee abzuschieben, was bisher die Absicht der Regierungen der massgebenden europäischen Staaten war. Für eine beträchtliche Anzahl Flüchtlinge wird in Europa ein Unterkommen geschaffen werden müssen, wenn ihnen überhaupt geholfen werden soll und nicht Brotneid und engstirniger Nationalismus einen restlosen Triumph feiern sollen.

Die noch nicht stark industrialisierten Ueberseeländer wollen nur landwirtschaftliche Arbeitskräfte aufnehmen; sie haben für gewerbliche Arbeiter und erst recht für Handels- und Bureaupersonal keinen Bedarf und auch dem selbständigen Gewerbebetrieb eröffnen sich keine besonders günstigen Aussichten.

Der Gründung geschlossener jüdischer Siedlungen in Uebersee stehen gleichfalls grosse Schwierigkeiten entgegen. Palästina ist den Juden als Nationalheim versprochen worden, aber das Versprechen wurde nicht gehalten; es besteht vielmehr die Absicht, die jüdische Einwanderung nach Palästina überhaupt einzustellen. Will man ähnliche Erfahrungen, wie die in Palästina gemachten, zukünftig vermeiden, so kommen für jüdische Gemeinschafts-siedlungen nur menschenarme Länder mit geeignetem Klima und Boden in Frage, deren geographische Lage den Anschluss an den

* Juli 1938 bis Juni 1939.

Weltverkehr gestattet. Allzu grosse Auswahl gibt es da nicht. Grossbritannien könnte in verschiedenen Teilen seines Weltreichs den nötigen Siedlungsraum verfügbar machen und jüdischen Kolonisten den nötigen Schutz gewährleisten. Raum ist beispielsweise in Südafrika ausserhalb des Gebietes der Union vorhanden; dort gibt es Steppenländer, aus welchen bei künstlicher Bewässerung mindestens so viel gemacht werden kann wie aus der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika. Klimatisch sind diese Länder für europäische Besiedlung brauchbar. Ostafrika ist zu dicht von Eingeborenen bevölkert, als dass es Raum für ein jüdisches Gemeinwesen von beträchtlichem Umfang böte. Die britische Regierung hat Siedlungsland in der südamerikanischen Kolonie Britisch-Guiana angeboten, und der «Ausschuss von Evian» hat eine Studienkommission dahin geschickt, die kürzlich einen Bericht erstattete, der keine grossen Hoffnungen erweckt*. Vorerst sollen dort versuchsweise 3000 bis 5000 Personen angesiedelt werden.

In Australien, sollte man glauben, würde der Unternehmungsgeist jüdischer Einwanderer imstande sein, unbewohnte und ungenutzt liegende Gebiete im Westen, Norden und Nordosten des Kontinents zu bevölkern und wirtschaftlich hoch zu bringen. Die Herstellung von Wirtschaftsbeziehungen zu den aufstrebenden Ländern Südostasiens sollte nicht schwer fallen.

Diese und andere weit entfernte Länder werden jedenfalls nur einen kleinen Bruchteil der jetzt ausserhalb Deutschlands befindlichen Flüchtlinge und der noch dazu kommenden aufnehmen können. Wer mehr erwartet, müsste wohl bald seine Täuschung einsehen.

*

Im Juli 1939 hat Präsident Roosevelt abermals (der schon vor einem Jahr die Veranstaltung der Konferenz von Evian veranlasste) eine internationale Konferenz für Flüchtlingswesen einberufen, die diesmal in der amerikanischen Bundeshauptstadt Washington stattgefunden hat. Wenn die von Roosevelt befolgte Politik der Erweiterung der Nachfrage um Verbrauchsgüter und damit der Entlastung des amerikanischen Arbeitsmarkts weitergeführt wird, sollte es den Vereinigten Staaten nicht schwer fallen, viel mehr Flüchtlinge als bisher aufzunehmen. Dazu bedarf es jedoch auch einer mindestens vorübergehenden Aenderung der gesetzlichen Einwanderungsbeschränkungen.

Gleichzeitig — am 19. Juli 1939 — hat der britische Ministerpräsident die auf der Konferenz von Evian vertreten gewesenen Regierungen ersucht, zum Lebensunterhalt und zu den Kosten der Weiterbeförderung der in ihren Ländern befindlichen deutschen Flüchtlinge beizutragen, nachdem es sich herausgestellt hat, dass die privaten Organisationen für Flüchtlingshilfe nicht länger

* British Guiana Refugee Commission: Report and Appendices. 17 und 106 Seiten.

imstande sind, allein die dafür erforderlichen Mittel aufzubringen. Auch wurde die Bereitwilligkeit der britischen Regierung bekundet, zu diesem Zwecke Geld zur Verfügung zu stellen, sobald die andern Regierungen sich im gleichen Sinne entscheiden.

Neben dem «Ausschuss von Evian» hat ebenfalls in London ein «hoher Kommissar» des Völkerbunds seinen Sitz, dessen Aufgabe es wäre, die Hilfeleistung für Flüchtlinge aus Deutschland, sowie ihre Auswanderung und dauernde Ansiedlung, zu fördern und zu koordinieren. Die praktische Tätigkeit dieser Völkerbunds-filiale scheint jedoch nicht viel zu bedeuten.

Konjunktur.

Die Lage der Industrie.

Die günstige Beurteilung der Wirtschaftslage in unserem Konjunkturbericht vom August wird bestätigt durch die Erhebungen des «Biga» über die Lage der Industrie im zweiten Quartal 1939. Erfasst wurden 2653 Betriebe mit rund 233,000 beschäftigten Arbeitern.

Der Geschäftsgang hat sich im ersten Halbjahr 1939 ganz bedeutend verbessert. Das allgemeine Bild dieser Industrieberichte lautet: Der sogenannte Beschäftigungskoeffizient, der im letzten Quartal 1938 auf 102 stand (wenn 150 = gut, 100 = befriedigend, 50 = schlecht), stieg im ersten Quartal 1939 auf 106 und im zweiten Quartal sogar auf 118, welchen Stand er seit Beginn der grossen Krise noch nie erreicht hatte. Sogar 1937 erreichte er nur 117 im Durchschnitt aller Industrien. Auch der für die Arbeiterschaft noch wichtigere Index der beschäftigten Arbeiter hat mit 82 Prozent der Arbeiterschaft von 1929 den Höchststand seit mehreren Jahren erreicht. Im Vergleich zum Juni sowie zum Dezember des Vorjahres ist er um 4,4 Punkte höher. Gegenüber dem März 1939 beträgt die Steigerung 3,5 Punkte. Die Zunahme der Beschäftigung ist also vor allem im zweiten Quartal eingetreten.

Die Beschäftigungsaussichten wurden im Juni ebenfalls bedeutend günstiger beurteilt als im letzten Jahr und als im März dieses Jahres. Immerhin sind die Prognosen nicht so günstig wie im ersten Halbjahr 1937. Auch darf nicht übersehen werden, dass diese Konjunkturbesserung überwiegend auf die Verstärkung der Rüstungen im Ausland wie auch in unserem Lande zurückzuführen ist und somit keinen gesunden Boden hat.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter

betrug in Prozent der Arbeiterzahl von 1929 je auf Quartalsende:

	1938		1938		1939	
	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Baumwollindustrie	69,7	65,2	65,2	68,5	69,7	69,7
Seiden- und Kunstseidenindustrie .	43,4	42,4	40,5	40,5	40,5	41,5
Wollindustrie	91,2	90,2	92,2	97,2	97,2	98,3
Leinenindustrie	115,3	109,4	100,2	101,0	107,7	105,2
Stickereiindustrie	52,2	53,6	52,2	56,3	56,3	56,3
Uebrige Textilindustrie	63,0	42,0	45,8	77,3	69,0	48,8
Kleidung, Ausrüstungsgegenstände	89,8	88,1	89,8	91,5	94,9	96,6